



Grünliberale Partei Schaffhausen

Ernst Yak Sulzberger
Alte Gasse 6
8203 Schaffhausen

22. Februar 2019

An den Präsidenten
des Kantonsrats
Regierungsgebäude
8201 Schaffhausen

2019/2

Postulat – Ausrufung des Climate Emergency („Klimanotstand“)

Sehr geehrter Herr Präsident

Ich ersuche Sie, folgendes **Postulat** auf die Traktandenliste zu setzen:

- Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, den **Climate Emergency** zu erklären und damit die **Eindämmung des Klimawandels** und seiner schwerwiegenden Folgen als **Aufgabe von höchster Priorität** zu anerkennen.
- Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, ob inskünftig die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen davon betroffenen Geschäften zu berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär zu behandeln sind, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, ob der Kanton sich für zukünftige Massnahmen zur **Bekämpfung des Klimawandels** an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) orientieren soll, insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, wie die Bevölkerung des Kantons umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, zu informieren ist.

Am Samstag, 2. Februar 2019, folgten nach Angabe der Organisatoren in 13 Schweizer Städten über 60'000 Menschen dem Aufruf zahlreicher engagierter Schülerinnen und Schüler und gingen auf die Strasse. In Schaffhausen haben wir in kleinerem Rahmen dasselbe am 15. Februar 2019 erlebt. Die Schülerinnen und Schüler forderten und werden weiterhin fordern, dass Parlamente und Regierungen sofort effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Die Schülerinnen und Schüler sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist: Es ist Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter global um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in der Schweiz wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Wintertourismus von den Folgen direkt betroffen sein. Der dramatische und bereits irreversible Rückgang der Gletscher ist Ihnen zweifellos auch nicht entgangen. Der auftauende Permafrost in den Alpen sodann wird zu Bergstürzen führen und viele Bergtäler unbewohnbar machen.

Der Klimawandel ist also nicht bloss ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, ein Sicherheits-, ein Friedens- und auch ein Tierschutzproblem.

Es soll nicht und kann auch gar nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Massnahmen reichen klarerweise nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln!

Die Begriffe „Climate Emergency“ resp. „Klimanotstand“ sollen symbolisch verstanden werden und keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein.



Ernst Yak Sulzberger